



**Newsletter \*\*\* Newsletter \*\*\* Newsletter**  
**SONDERAUSGABE GRIECHENLAND**

**Ausgabe 02/ 2012**

Lieber Leserinnen und Leser,

am Montag, den 27. Februar 2012 haben wir im Bundestag über das sogenannte „Griechenland II Rettungspaket“ abgestimmt. Am Freitag davor hatten wir dazu eine Sondersitzung des Haushaltsausschusses, am Montag noch eine Sondersitzung der Fraktion vor dem Plenum.

In diesem Newsletter möchte ich Ihnen einige weiterführende Informationen zu Griechenland II sowie Positionen meiner Fraktion geben. Ebenso finden Sie Links zu den wesentlichen Bundestagsdrucksachen.

Ich habe zugestimmt. Zwar teile ich die Kritik an dem Handeln der Bundesregierung aber ich bin auch der Meinung, es ist ein Gebot der europäischen Solidarität Griechenland zu helfen. Die Risiken, Griechenland pleite gehen zu lassen, sind für niemanden abschätzbar. Keiner kann sagen, was das bedeuten würde, welche Auswirkung und welche Kettenreaktion das zur Folge hätte. Die Pleite von Lehman Brothers und die Folgen wären dagegen nur ein laues Lüftchen.  
Wir müssen alles tun, um einen Zerfall Europas zu verhindern!

Mit herzlichen Grüßen

\*\*\*\*\*

## Aus dem Bundestag

\*\*\*\*\*

Hintergrund ist, dass beim Treffen der Finanzminister der Euro-Staaten am 20./21. Februar ein zweites Hilfspaket für Athen in Höhe von 130 Milliarden Euro bewilligt wurde.

Am Montag, den 27. Februar 2012, wurde dann über den Antrag des Bundesfinanzministerium über Finanzhilfen zugunsten der Hellenischen Republik namentlich abgestimmt:

Folgende Drucksachen wurden vorgelegt:

(17/8730, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/087/1708730.pdf>

17/8731) <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/087/1708731.pdf>  
namentlich abgestimmt.

Das Bundesfinanzministerium hat den Abgeordneten ergänzend eine Unterrichtung "Finanzhilfen zugunsten der Hellenischen Republik; Vorläufiges Troika-Update zur griechischen Schuldentragfähigkeit und zur öffentlichen Finanzierung" (17/8735) vorgelegt.  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/087/1708735.pdf>

Zum Griechenland-Hilfspaket haben CDU/CSU und FDP (17/8742), SPD (17/8738) und Bündnis 90/Die Grünen (17/8737) Entschließungsanträge zur Abstimmung gestellt. Zur Regierungserklärung der Kanzlerin liegen Entschließungsanträge von Union und FDP (17/8739), der SPD (17/8740) sowie der Linksfraktion (17/8741, 17/8743) vor.

Das **Protokoll der Plenardebatte** können Sie hier nachlesen:

<http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17160.pdf>

**Auszüge aus der Rede** von Peer Steinbrück in der Debatten finden Sie hier:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,60323,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60323,00.html)

\*\*\*\*\*

## Aus der Fraktion

\*\*\*\*\*

**Gerne möchte ich Ihnen hier zur Information zehn Punkte der SPD-Arbeitsgruppe Europa zur Krisenbewältigung zu lesen geben:**

## **Zehn sozialdemokratische Antworten zur Bewältigung der Krise**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten üben Solidarität mit Griechenland und anderen notleidenden Staaten. Unsere Partnerländer nicht dem Staatsbankrott zu überlassen, ist aber weit mehr als ein Akt der Nächstenliebe, sondern liegt auch im Interesse Deutschlands. Daher haben wir sowohl den Rettungsschirmen als auch der Griechenlandhilfe im Deutschen Bundestag zugestimmt. Das einseitige Spardiktat lehnen wir hingegen ab. Wir streiten für eine klare sozialdemokratische Alternative zu den falschen Rezepten von Frau Merkel und der konservativliberalen Mehrheit in der Europäischen Union.

Bislang konzentrierten sich die Maßnahmen in den Krisenstaaten vorrangig auf Haushaltseinsparungen, insbesondere zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger durch radikale Einschnitte bei Löhnen, Renten und öffentlichen Leistungen. In den von der Refinanzierungskrise betroffenen Mitgliedstaaten spitzt sich die wirtschaftliche und soziale Lage immer weiter zu. Der einseitige Fokus auf Ausgabenkürzungen hat die Krise nicht beendet, sondern die betroffenen Staaten immer näher an den Rand des Abgrunds geführt. Deshalb ist ein Umdenken erforderlich. Ausschließlich mit weiteren Sparprogrammen wird die Stabilisierung nicht gelingen. Die Abwärtsspirale bedroht auch die wirtschaftlichen Aussichten in der EU insgesamt.

Durch den Verlust wichtiger Absatzmärkte kann auch die exportabhängige deutsche Wirtschaft gefährdet werden. Deshalb hat die Stabilisierung des Euroraums höchste Priorität. Hierfür trägt auch Deutschland Verantwortung.

### **1. Wachstum durch Investitionen**

Die Wirtschafts- und Währungsunion muss zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Fiskalunion ausgebaut werden. Hierzu bedarf es neben den Sparprogrammen auch Wachstumsprogramme für die überschuldeten Euro-Staaten. Die Haushaltskonsolidierung wird durch die einseitigen Ausgabenkürzungen misslingen, wenn sie nicht mit einer wirtschaftlichen Erholung einhergeht. Fiskalpolitische Regeln müssen den Mitgliedstaaten ausreichend Spielraum für sinnvolle Investitionen zur Ankurbelung von wirtschaftlichem Wachstum lassen.

Die EU braucht intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, um auch in Zukunft im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Wir setzen uns für ein wirtschaftliches Aufbauprogramm für die notleidenden Staaten ein, das auf einer Analyse der jeweiligen Chancen vor Ort beruht. Dieses kann beispielsweise durch die Besteuerung von Spekulationen an den Finanzmärkten durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer finanziert werden.

### **2. Europas Industrie stärken**

Mit einer europaweit koordinierten, zukunftsorientierten Industriepolitik stärken wir die industrielle Basis unseres Kontinents. Wir fordern eine Initiative für grünes Wachstum, sie ist der Schlüssel für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Europa.

### **3. Sozialstaat sichern**

Der Erfolg des europäischen Wirtschaftsmodells basiert auf der Verknüpfung von Wachstum, Solidarität und sozialer Sicherheit. Die Konsolidierung der Haushalte darf deshalb nicht durch massive Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen erfolgen. Diese gefährden den sozialen Zusammenhalt und damit den Erfolg von Reformprogrammen und Strukturreformen.

### **4. Arbeitslosigkeit bekämpfen**

Die skandalös hohe Jugendarbeitslosigkeit ist endlich entschieden zu bekämpfen. Den Ankündigungen der EU-Kommission und der Staats- und Regierungschefs müssen Taten folgen! Jeder Jugendliche hat binnen vier Monaten einen Anspruch auf Qualifizierung, Ausbildung oder Arbeit. Für diese rechtsverbindliche Jugendgarantie setzen wir uns in der EU ein!

### **5. Leistungsbilanzen ausgleichen**

Nur wenn die Volkswirtschaften in der Währungsunion nicht zu sehr auseinanderdriften, kann unser gemeinsamer europäischer Markt dauerhaft bestehen. Hier stehen nicht nur die Defizitländer wie Griechenland, Portugal oder Spanien in der Pflicht, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Auch Überschussländer wie Deutschland müssen ihre Binnennachfrage insbesondere durch Lohnsteigerungen stärken. Mitnichten geht es darum, die deutschen Exporte zu drosseln. Aber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen am „deutschen Wirtschaftswunder“ auch durch entsprechende Löhne beteiligt werden. Alle müssen zu tendenziell ausgeglichenen Leistungsbilanzen beitragen, damit die Währungsunion dauerhaft stabilisiert wird.

### **6. Schlagkräftiger Rettungsschirm**

Der dauerhafte europäische Rettungsschirm ESM muss ausreichend schlagkräftig sein. Hierfür ist für den Fall eines anhaltenden Marktversagens auch die Zwischenfinanzierung des ESM durch verzinsliche Darlehen der EZB vorzusehen.

### **7. Schuldentilgungsfonds**

Wir fordern einen europäischen Schuldentilgungsfonds für Altschulden der Euro-Staaten, um den notleidenden Mitgliedstaaten eine realistische Entschuldungsperspektive zu bieten. Die Zinsen für die gemeinsam verbürgten Schulden fielen deutlich geringer aus, zudem bliebe den betroffenen Ländern ein Zeitraum von 20 bis 25 Jahren zur Schuldentilgung.

### **8. Sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig koordinieren**

Die bisherigen Koordinierungsinstrumente sind durch intelligent gestaltete, verbindliche Zielkorridore bei Steuern, Löhnen und Sozialausgaben zu ergänzen, um die derzeit dominierende reine Wettbewerbslogik zu durchbrechen. Hierfür bedarf es einer Angleichung der Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage zur Verhinderung von Steuerdumping, europaweiter Mindestlöhne, aber auch einer Koordinierung der Sozial- und Bildungspolitik mit verbindlichen Mindestquoten und Zielvorgaben bei Beschäftigungs-, Bildungs- und Forschungsausgaben. Darüber hinaus ist eine soziale Revision der Entsenderichtlinie notwendig. Hier muss die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort gelten.

### **9. Finanzmärkte regulieren**

Die Spekulationen und Exzesse auf den Kapital- und Finanzmärkten müssen unterbunden werden. Deshalb fordern wir weitere Initiativen für mehr Ordnung an den Finanzmärkten beispielsweise durch die Regulierung von Ratingagenturen, das Verbot schädlicher Finanzmarktgeschäfte und die Regulierung des so genannten grauen Kapitalmarktes.

### **10. Mehr Demokratie wagen**

Die Gemeinschaftsmethode hat in der EU als demokratisch legitimes Verfahren der Entscheidungsfindung Vorrang vor dem Merkelschen Europa der Regierungen. Die

parlamentarische Kontrolle der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist in allen Bereichen durch das Europäische Parlament sowie die nationalen Parlamente zu sichern.  
Hierzu gehört auch, dass die europäischen Rettungsschirme perspektivisch in eine europäische Gemeinschaftsinstitution, einen Europäischen Währungsfonds, überführt werden.

\*\*\*\*\*

## Termine

\*\*\*\*\*

### Ausstellungseröffnung Fahrscheinkontrolle

Die nächste Ausstellung in meinem Wahlkreisbüro ist einfach typisch für Berlin. Viele von uns nutzen täglich die BVG, um sich durch unsere Stadt zu bewegen. Der Künstler Osman Çekiç hat aus BVG-Fahrscheinen Kunstwerke entstehen lassen, indem er darauf Portraits von Mitreisenden zeichnet.

Ich freue mich, die Kunstdrucke von Osman Çekiç in der Goethe15 zu zeigen.

Zur

**Ausstellungseröffnung „Fahrscheinkontrolle“ am 15. März 2012, von 17.00 bis 18.30 Uhr, in der Goethe15, Wahlkreisbüro Petra Merkel, MdB, Goethestraße 15, 10625 Berlin**

lade ich Sie recht herzlich ein.

Eine Anmeldung ist möglich unter [petra.merkel@wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel@wk.bundestag.de) oder telefonisch unter 313 88 82.

Die Ausstellung kann vom 15. März bis 11. Mai 2012 montags und dienstags von 12 bis 16 Uhr sowie mittwochs und donnerstags von 10 bis 14 Uhr besichtigt werden. Weitere Besichtigungstermine können auf Anfrage vereinbart werden.